

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 30. Juni 1931

Nummer 126

Das kommunistische Volksbegehren siegreich!

KPD-Anhänger Braunschweigs stoßen zu uns

Die kommunistische Aktion auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Braunschweiger Landtags hat zu einem großen Erfolg geführt. Nachdem noch am Montag die bürgerliche und sozialdemokratische Presse den „Zusammenbruch der kommunistischen Aktion“ vorausgelegt hatte, wird jetzt offiziell bekanntgegeben, daß die notwendige Stimmenzahl von 10 Prozent der Wahlberechtigten nicht nur erreicht, sondern überschritten worden ist. 36.079 Ja-Stimmen wurden abgegeben, obwohl alle anderen Parteien einschließlich der SPD das kommunistische Volksbegehren gegen die Braunschweiger Nazi-Regierung bestimmt und jeden als Kommunisten „Brandmarken“, den sich in die ausgesetzten Wahlen einträgt. Dieser erneute Erfolg unserer Braunschweiger Genossen ist besonders bedeutsam, weil er sich auf einen ehemaligen Einbruch in das Lager der Sozialdemokratie stützt. Tausende sozialdemokratische Arbeiter sind dem Ruf der Kommunisten gefolgt. Der Sieg des Braunschweiger Volksbegehrens ist ein Erfolg der Gesamtpolitik der Kommunistischen Partei, die mit der Entfaltung der Massenaktion für Freiheit, für Land und Freiheit dem Faschismus in Deutschland den Todesstoß verlieh!

Die bedeutungsvolle Entwicklung des kommunistischen Vorfahrt im ländlichen Braunschweig wird gekennzeichnet durch die Ergebniszahlen der bisherigen Wahlen. Im Jahre 1928 schafft die KPD in Braunschweig 5051 Stimmen, im September 1930 21.337 Stimmen, bei den Kreiswahlen am 1. März 1931 27.229 Stimmen und zum Volksbegehren 36.079 Stimmen.

Das Volksbegehren gegen die Nazi-Regierung und für Aufhebung des Landtags wurde nicht als ein parlamentarisches Manöver durchgeführt, sondern als eine Massen- und Steigerung unseres antifaschistischen Kämpfens ums Überleben. Die Abstimmung über das Volksbegehren wurde als eine Gelegenheit zur Stellungnahme der Wählungen zur Entwicklung der Lage und der Politik der Partei seit den letzten Reichstagswahlen benutzt. Dazu waren die Wählungen des Volksbegehrens nicht ein Weg mit Nazi-Franzen, sondern auch gegen Brünning, gegen die KPD und für die KPD und für das Freie Sachsenland gerichtet. Alles wurden alle Gegenseite aufzuzeigen und so die Abstimmung zum Volksbegehren zu einer Abstimmung für die KPD gestaltet. Mit großer Schärfe hat die KPD geworben, um die sozialdemokratischen Wähler nicht durch das leere Gelöbnis „Gemeinsam gegen Nazis“ einzuladen, sondern zu einer klaren Entscheidung für den Kampf der KPD zu bringen und über den 1. März 1931 keine nur sozialdemokratische Arbeit für die KPD zu gestalten. Die KPD führt die Aktion völlig allein durch. Alle Wähler, die das Volksbegehren tot und die gesamte Presse sehr harsch kritisieren, die faschistische Reaktion erhält wertvolle Unterstützung durch den Beschluss des SPD-Vorstandes gegen das Volksbegehren und durch die Propaganda der KPD „Kleid in Hülle“. Die Abstimmungsergebnisse waren in der großen Mehrzahl von Gegnern der KPD und des Volksbegehrens deziert, die offen gegen das Volksbegehren Stellung nahmen und die Abstimmung sabotierten. Jeder Wähler, der die Abstimmung eingab, wurde in der Wahlhalle vermerkt, so daß der KPD eine genaue Kontrolle über die Teilnehmer des Volksbegehrens erhalten. Während bei den Wahlen die Wähler durch die Propaganda aller Parteien auf die Wahlen hingewiesen und dadurch allgemeine eine Stimmung für die Abstimmung geschaffen wird, blieb das beim Volksbegehren fast der KPD überlassen. Gerade deshalb ist der Erfolg des Volksbegehrens ein ungeheure Erfolg der Kommunistischen Partei. Insekten der SPD-Arbeiter sind neu für die KPD erobert worden. Zugleich wird die Kommunistische Partei den durch den KPD erzwungenen politischen Einfluß organisatorisch ausüben. Überall werden Kampfkomitees gegen die Nazi-Regierung gebildet und eine breite Werbaktion für die Partei und die kommunistische Presse mit dem Kurs auf Gewinnung neuer sozialdemokratischer Schichten für die revolutionäre Kampffront gestartet. In 14 Tagen findet bereits eine Konferenz oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter statt, die Stellung nehmen soll zur Herstellung eines festen Kampfbündnisses mit den Kommunisten. Die Begeisterung der Braunschweiger Arbeiter über den Erfolg der Kommunisten ist außerordentlich.

Remmele

spricht heute in vier Kundgebungen gegen

Hoover-Betrug der Volksfeinde für die Volksaktion der KPD um Arbeit, Brot, Land und Freiheit für das schaffende Volk!

„Ballhaus“, Bautzner Straße. 2. Referent: Genosse Ewald Blau. „Keglerheim“, Friedrichstraße. 2. Referent: Genosse Bruno Siegel, M. d. L. „Gasthof Wölfnitz“, Lößnitz.
2. Referent: Genosse Johann Knöbel, M. d. R. „Donaths Neue Welt“, Altolkenwitz. 2. Referent: Genosse Mehlhorn. Stellen: VB 1 18 Uhr Fraiberger Platz und
18.30 Uhr Eberplatz; VB 2 19 Uhr Holbeinplatz; VB 3 18 Uhr Altleuben; VB 4 18.30 Markgräfl-Heinrich-Platz; VB 5 18 Uhr Leipziger Platz und 18.30 Uhr Bischofplatz.

Jean Winterich

Ein unermüdlicher, aufopfernder Kämpfer des revolutionären Proletariats ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gestorben, Jean Winterich, den die Arbeiterschaft am Mittwoch, die armen Bauern der Eifel und im Westerwald jahrelang als ihren Führer anbetete und liebte.

Jean Winterich ist im Jahre 1886 in einem kleinen Weiler bei Trier geboren, Sohn eines Zwergbauern, lernte er als Kind schon das Elend der ausgebeuteten Klasse kennen. Als Müllerjunge kommt er in Berührung mit der Industriearbeiterschaft und besteht sich bald von der reißenden Gedanken- und Engstirnigkeit, die ein Erbe seiner katholischen Heimat ist. 1909 wird er Mitglied des DGB, 1909 tritt er in die SPD ein, von nun an ist er voller Aufopferung im Dienst seiner Klasse, des ausbeuteten Proletariats sehrend.

Bei der Spaltung der SPD im Jahre 1917 wird er Mitglied der USPD. Er ist einer der Taktkünstler bei der geschickten Überführung der Kölner Ortsgruppe der USPD zur

In Dresden

Reuer 17-Millionen-Raub durch Diktatur

Wachsendes Elend in Dresden / Kampfappell der Betriebsräteversammlung

In der gestrigen Dresdner Stadtverordneten-Sitzung kündigte Küll nur notdürftig verschleiert an, daß die Auswirkungen der Finanzpleite Dresdens diktatorisch auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Über den Etat 1931, der die Erhöhung der Bürgersteuer auf 450 Prozent, die Kürzung der Fürsorgegelder um 6,5 Millionen u. a. m. vor sieht, soll die Gemeindesammlung diktatorisch entscheiden. Darüber hinaus besteht noch ein Defizit von rund 17 Millionen. Der Bürgermeister Küll erläuterte, daß eine „Anordnung der Gemeindesammlung oder Einziehung eines Staatskommisarius kommen werde.“ Diese Diktatur über Dresden hat den Zweck, die 17 Millionen Defizit durch Raub an den Arbeitern, unteren Angestellten und Beamten, sowie Mittelhändlern Dresdens zu bedecken, anstatt die 39 Millionen Dresdens und die Besessenen zu belasten.

Dieser Raubplan an den Massen Dresdens ist um so ungemeiner, als die Lage der Massen sich dauernd verschärft. In dem neuesten Monatsbericht der Dresdner Statistik wird festgestellt:

1. Die Arbeitslosigkeit ist im Bezirk Dresden im Mai mit 80.554 (gegen 81.677) im wesentlichen so gut wie unverändert geblieben. Dabei ist aber die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen gestiegen!

2. Die Gesamtzahl der Beschäftigten weist im Mai mit 51.527 (gegen 51.625 im April) einen Rückgang auf. Es trifft insbesondere die Bauarbeiter, die Zigaretten-, Tegel- und Papierarbeiter.

3. Der Kain des Mittelstandes nimmt seinen Fortgang. Die Zahl der Konkurse, die im April 9 betrug, ist im Mai auf 18 gestiegen.

4. Die Preise steigen. Sogar die amtliche, jährliche Indexzahl zeigt eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten von April (185,39) bis Mai (187,39) an. Hauptähnlich gestiegen sind die Kosten für Ernährung: von 124 im April auf 127 im Mai.

Alle bürgerlichen Parteien einschließlich SPD und Nazis unterstützen den Raub- und Diktaturplan gegen die werktätige Bevölkerung Dresdens. Die Entnahmen der Arbeiterschaft haben sich entgegen den jahrmaligen Ablehnungen und Widerprüfungen der Volkszeitung und dem Schweigen der anderen bürgerlichen Blätter als richtig erwiesen. Während alle bürgerlichen Parteien einschließlich SPD im Rat in der Gesamtversammlung für die 450 Prozent Bürgersteuer stimmen und in der Stadtvorordneten-Sitzung die ganze Räuberfront von Etat „abschlägt“ aus Demagogie, führt die KPD als einzige Partei gemeinsam mit der Dopro den härtesten Kampf gegen Raub und

„Die Stadt Dresden muß die Arisensteuer zahlen!“

Beschluß des Arbeiterrats der städtischen Werke

Der Arbeiterrat der städtischen Betriebe von Dresden beschloß in seiner letzten Sitzung einstimmig: Der Abzug der Arisensteuer vom Lohn der städtischen Arbeiter soll nicht erfolgen. Die Stadt Dresden soll die Arisensteuer durch die Werke bezahlen. Der Arbeiterrat, der sich aus 6 roten, 7 jugendsozialistischen und 2 demokratischen Arbeiterschaftsmitgliedern zusammensetzt, beschließt vor dieser Festsetzung zu stehen.

Dieser einstimmige Beschuß, die neue Belohnung der Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe zu errichten, kann nur Wirklichkeit werden, wenn die Belegschaft mobilgemacht wird.

Das ist um so notwendiger, als Küll die Abzahl hat, diktatorisch weitere 2 Millionen den Dresdner Gemeindearbeitern zu rauben, d. h. den Wochenlohn jedes Gemeindearbeiters um rund 5 Mark zu senken.

Für die Gemeindearbeiter kann es nur eins geben, den Streik. Solange Streikruft ist die Parole! Wider vorbereitende Kampfausschüsse und erzwingt durch Streik die Durchsetzung des Beschlusses.